

Fluglärm-Gegner zoffen sich BZ, 26.4.23

Zwischen den Euro-Airport-Anrainerverbänden aus Südbaden, Elsass und Nordwestschweiz herrscht dicke Luft.

Benjamin Wieland

Die Fluglärm-Gegner im Dreiländ sind sich nicht mehr grün. Jene aus Südbaden und aus dem Elsass werfen ihren Kollegen aus der Schweiz vor, egoistisch und eigenmächtig zu handeln. «Wir sehen die bisherige Zusammenarbeit (...) als gefährdet an», heisst es in einem gemeinsamen Schreiben des deutschen und des französischen Verbands an eines ihrer Pendants aus Baselland.

Adressat ist der Schutzverband für die Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen mit Sitz in Reinach, einer von drei Akteuren im Landkanton neben dem Gemeindeverbund Flugverkehr und dem «Forum Flughafen nur mit der Region». Der Schutzverband hat zu den Vorwürfen bereits Stellung bezogen. Die Rede ist von «haltlosen Vorwürfen» und einer «gehässigen Tonlage».

Den Zwist ausgelöst hat eine Petition, die der Schutzverband

im vergangenen Februar mit 4400 Unterschriften der Baselbieter Landeskantlei überreicht hat. Die Bittschrift «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!» umfasst zehn Forderungen. So soll unter anderem die Mindestflughöhe an der Landesgrenze 1000 Meter nicht

«Wir erwarten, dass wir uns auf einer faktenbasierten Ebene austauschen.»

Katrin Joos Reimer
Präsidentin Schutzverband

unterschreiten. Zudem seien auf Schweizer Hoheitsgebiet die Immissionsgrenzwerte einzuhalten.

Schutzverband tritt Nachbarn ins Gärtchen

Weiter bringt der Schutzverband ins Spiel, dass – ausser den Direktstarts – alle Südstarts über «wenig besiedeltes Gebiet» verschoben werden sollten. Das würde bedeuten: Starts über Basel, Allschwil, Binningen und andere Gemeinden südlich des Euro-Airports wären in der Regel nicht mehr möglich. Die Jets müssten stattdessen über französischem oder deutschem Territorium an Höhe gewinnen.

Die Forderungen gerieten den Verantwortlichen der Bürgerinitiative Südbadischer Flughafenrainer (BISF) und der Association de Défense des Riverains de l'Aéroport de Bâle-Mulhouse (ADRA) in den falschen Hals. Sie beklagen in der erwähnten Erklärung, es fehle in der Petition der Hinweis, «dass eine Verschiebung der Belas-

tung auf Frankreich und Deutschland nicht erfolgen darf». Zur 1000-Meter-Grenze bemerken BISF und ADRA, von solch einer Grenzübertrittshöhe könnten deutsche Anrainer «nur träumen».

Der Vorschlag, die Start Routen über wenig besiedeltes Gebiet zu verlegen, widerspreche der trinationalen Charta zur Verbesserung des Schutzes der Anrainer am Flughafen Basel-Mulhouse von 2018, unterzeichnet von allen fünf Anrainerverbänden im Dreiländereck – auch vom Schutzverband.

Schutzverband verteidigt seine Petition

Der Schutzverband müsse anerkennen, halten BISF und ADRA abschliessend fest, dass in den Nachbarländern eigene Organisationen aktiv seien. Er könne «nicht ohne deren Zustimmung Aussagen über deren Belastung treffen». Der Schutzverband hält in seiner Reaktion fest, die Darlegungen von BISF

und ADRA seien «derart faktenfrei, dass sie der Richtigstellung bedürfen». Die Petition beziehe sich unter anderem auf Erlasse Frankreichs, binationale Vereinbarungen und Versprechen des Euro-Airports, die nicht eingehalten würden. Deshalb habe der Lärm – das könne man mit Zahlen belegen – südlich des Flughafens überproportional zugenommen. Hier lebten am meisten Menschen.

Zudem sei der Vorwurf, man stelle nur Forderungen für Baselland auf, absurd. Ansprechpartner der Baselbieter Bevölkerung sei nun mal die Regierung des Kantons Baselland. «Jeder Verband ist in erster Linie seinen Mitgliedern verpflichtet. Das liegt in der Natur der Sache», sagt Katrin Joos Reimer, Präsidentin des Schutzverbands, zur bz. Selbstverständlich sei man aber weiterhin an einer Zusammenarbeit mit den Nachbarverbänden interessiert. «Wir erwarten aber, dass wir uns auf einer faktenbasierten Ebene austauschen.»